

U.S. MIDTERM ELECTIONS 2006

WOCHENRÜCKBLICK
8. BIS 14. OKTOBER 2006

AUSGABE 9
18. OKTOBER 2006

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG WASHINGTON, D.C.



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	1
Tune in to Foleygate 2	1-2
Lil' Kims Bombe	2
PolitBarometer	2
Wahlkampf	3-4
Religion & Korruption	4
Präsidentschaftsanwärter	5

Jede weitere Offenbarung der Geschehnisse um den zurückgetretenen Abgeordneten Mark Foley sorgt dafür, daß der Skandal in den Schlagzeilen bleibt und birgt die Gefahr von Stimmenverlusten für die Republikaner.[1] Während die politische Stimmung im Land bereits vor dem Skandal für die Republikaner wenig günstig war, könnte jedes neue Detail über Foleys Fehlverhalten besonders zwei Wählergruppen auf Distanz zu den Republikanern bringen: erstens könnte eine grösser werdende Zahl von unabhängigen Wählern zu den Demokraten tendieren und zweitens eine zunehmende Zahl von konservativen Republikanern von den Wahlurnen ferngehalten werden.[2]

Anfang voriger Woche machte sich der Skandal bereits in den Umfrageergebnissen bemerkbar. Nachdem die Republikaner ihre Bestrebungen, die Wahlbeteiligung zu erhöhen, erfolgreich intensiviert hatten, der Benzinpreis merklich gefallen war sowie die Aufmerksamkeit der Bevölkerung sich dem Terrorismusthema zuwandte, fielen nun die Werte der Republikaner wieder.

May Lil' Kim deliver us from Foleygate?

Während der Dow Jones vor- fänglich ebenfalls vom sich Schuld ansatzweise dem ehe- letzte Woche seinen alten weiter ausbreitendem Skandal maligen Präsidenten Clinton Höchststand von vor fünf um Foley und seinen Avancen zugewiesen werden konnte. Jahren durchbrach, erreichten gegenüber Praktikanten geprägt Dennoch mehren sich die die Republikaner einen neuen zu werden. Einen Wahlprognosen, die eine De- Tiefststand, so sah es zu "willkommenen" Themenwech- demokratische Sturmflut vorher- mindest der Talkshowhost Jay sel bot jedoch Kim Jong IIs sagen, die nun auch den Senat Leno. Diese Woche schien an- Atomwaffentest, woran die erreichen könnte.

Tune in to Foleygate again

Laut einer Umfrage der Zeitschrift *Time* hatten fast achzig Prozent der Befragten von dem Skandal gehört, wobei zwei Drittel von ihnen glaubten, daß die Republikaner versucht hätten, die Affäre zu vertuschen. Von den registrierten Wählern unter den Befragten hatten 54 Prozent vor für die Demokraten zu stimmen und nur 39 Prozent favorisierten die Republikaner. Diese Stimmenaufteilung bedeutete die Umkehrung des 51 zu 40 Verhältnisses zugunsten der Republikaner vom August. [3]

Eine Umfrage der Zeitschrift *Newsweek* bestätigte diese Aufteilung: 53 Prozent der Befragten wünschten sich eine Demokratische Mehrheit im Kongress und nur 35 Prozent bevorzugten die Republikaner. Zudem vertrauten die Amerikaner laut *Newsweek* zum ersten Mal seit 2001 in Fragen der Moral den Demokraten mehr als den Republikanern.[4]

Die *New York Times* jedoch berichtete auch, daß sich z.B. Wähler im Südostens Virginias durch den Skandal nicht von ihren Parteipräferenzen abbringen lassen, sondern nun gerade für ihren Repub-

likanischen Kandidaten stimmen würden. Mark Foleys Verhalten wurde von den befragten christlichen Konservativen als persönliches und nicht als institutionelles Versagen der Republikanischen Führung bewertet.[5] Zu einem ähnlichen Schluß kommt der Sender NBC in einer nicht repräsentativen Umfrage in Tennessee, wo die beiden Senatskandidaten Harold Ford, Jr. und Bob Corker in einem Kopf and Kopf Rennen liegen.[6]

Die Führungsriege unternahm, trotz einer gewissen Schuldanerkenntnis wegen längerer Inaktivität, auch alles, um die Verantwortung, ohne persönliche Konsequenzen für sich zu ziehen, an den wahren Schuldigen zu delegieren – Mark Foley selbst.[7] Zudem würde ein Rücktritt des Sprechers des Abgeordnetenhauses, Dennis Hastert, das Vertrauen in den Kongress wahrscheinlich nicht wiederherstellen, sondern den Republikanern nur den Verlust ihrer Mehrheit im Abgeordnetenhaus garantieren.[8]

Die Demokraten nutzten die Situation, um nicht nur Hastert direkt anzugreifen, sondern auch Tom Reynolds, den Vorsitzenden des Wahlkampfkomitees der Republikanischen Abgeordneten. Mittlerweile ist seine Wiederwahl als Abgeord-

Tune in to Foleygate again

neter nicht mehr so sicher, da er mit 33 zu 48 Prozent der Stimmen in Umfrageergebnissen hinter seinem Herausforderer Jack Davis zurückliegt.[9] Seinen bereits vor Wochen geplanten Auftritt in der sonntäglichen politischen Talkshow "This Week" vom Sender ABC sagte Reynolds mittlerweile ab, obwohl er gerade in diesen

verbleibenden Tagen so medienpräsent wie nie sein müsste.[10]

Ende vergangener Woche erschien Präsident Bush Seite an Seite mit Dennis Hastert in der Öffentlichkeit, um den Republikanern zu versichern, daß es besser für das Land sei, wenn Hastert im Amt bliebe. Damit wider-

sprach Bush fast der Hälfte der Bevölkerung, die einen Rücktritt Hasterts befürwortet.[11] Senator John Kerry bezeichnete den öffentlichkeitswirksamen Schulterschluß übrigens als Versammlung der Verantwortungslosen der Republikanischen Partei.[12]

Lil' Kims Bombe wichtiger als anzügliche Emails

Nachdem die Nordkoreaner am Montag letzter Woche ihren ersten Atomwaffentest bekanntgaben, dauerte es nicht lange bis zum politischen Niederschlag der radioaktiven Wolke in den USA. Laut einigen Medienberichten bietet der Atomtest eine Chance für die Republikaner ihre Position in der Wählergunst zu verbessern, indem einerseits die Aufmerksamkeit auf das Thema der Nationalen Sicherheit gelenkt wird und andererseits die Republikanische Stärke darin wieder hervorgekehrt wird. [13] Sie reagierten daher schnell auf die

"willkommene" Neuigkeit, welche die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit vom Foleyskandal ablenken könnte. Der Republikanische Senator Rick Santorum zum Beispiel, der um seine Wiederwahl in Pennsylvania bangen muss, griff seinen Gegenkandidaten indirekt an und erklärte, daß es jetzt nicht an der Zeit wäre unerfahrenere, schwache Politiker zu wählen.[14] Senator John McCain nutzte die Gelegenheit, um sich als potenzieller Republikanischer Präsidentschaftsanwärter mit seinem Demokratischen Spitzenkandidaten

zu messen: McCain beschuldigte die ehemalige Regierung unter Bill Clinton, mit ihrer diplomatisch-nachgiebigen Politik des "Zuckerbrots" Nordkorea nicht von seinem Nuklearwaffenprogramm abgebracht zu haben.[15] Senatorin Clinton und andere Demokraten beschuldigten Präsident Bush, mit seiner aggressiven Aussenpolitik Nordkoreas Drang nach Nuklearwaffen nur verstärkt zu haben, der nun seinen vorläufigen Höhepunkt im Atomtest der letzten Woche fand.[16]

PolitBarometer – Demokratische Sturmflut?

Einer Umfrage des Senders Fox zufolge rangierte der Foley Skandal gegen Ende der vergangenen Woche hinter den Themen des bisherigen Wahlkampfes – Irak, dem Stand der Wirtschaft, Terrorismus, Korruption und (illegaler) Einwanderung.[17] Auch wenn der Foley Skandal scheinbar wieder in den Hintergrund getreten ist, vertraut mittlerweile die Mehrheit der Bevölkerung laut Umfragen den Demokraten nicht nur in Fragen der Ethik und Moral mehr als den Republikanern, sondern auch im Bereich der Nationalen Sicherheit, beim Krieg gegen den Terror sowie in der Wirtschaft – alles Themengebiete, die eigentlich die Republikaner zu

ihrer Domäne gemacht hatten. Zudem konnten die Demokraten von Präsident Bushs Schwierigkeiten im Irak profitieren, ohne selbst einen in sich geschlossenen Lösungsvorschlag vorlegen zu können.[18]

Während die Republikaner immer noch darauf hoffen, mit den Vorteilen des Regierungsamtes - Geld und Festlegung der Wahlbezirksgrenzen - ihre amtierenden Kandidaten schützen zu können, gehen die meisten renommierten Beobachter davon aus, daß sie das Abgeordnetenhaus nun klar verlieren werden: Stuart Rothenberg prognostizierte bis vor kurzem noch 15 bis 20 Sitzgewinne für die Demokraten. Nun revidierte er seine Ankündigung und bescheinigt den Demokraten sogar den Gewinn von möglicherweise 25 bis 30 Sitzen. Larry Sabato äusserte sich ebenfalls optimistisch und prognostizierte, daß die De-

mokraten eine Mehrheit von drei bis sieben Sitzen haben würden, was 18 bis 22 zusätzlichen Sitzen entspräche.[19]

Bereits Anfang letzter Woche betonte Bob Benenson, daß die Senatsrangliste des *CQ Weekly* seit der April-Ausgabe zwölfmal verändert wurde, wovon in neun Fällen die Demokraten profitierten. Für das Abgeordnetenhaus wurde die Rangliste 36 mal verändert, davon 35 mal zugunsten der Demokraten.[20] Der Talkshowhost Jay Leno fasste die Prognosen prägnant zusammen: "Die Beliebtheit des Präsidenten hat ein neues Rekordtief erreicht. Nordkorea testet Atombomben. Irak ist ein Debakel. Der Foley Skandal wird immer abscheulicher. Nicht einmal die Demokraten könnten diese Wahl vielleicht vermessen." [21]

Rep. Wahlkampfstrategie – Stellung halten!

Angesichts solcher Aussichten verlagerten die Republikaner ihre Strategie auf eine verstärkte Unterstützung ihrer amtierenden Kandidaten, um ihre Mehrheit zu halten. Andere Kandidatenrennen, die vor einiger Zeit noch eine Chance hatten, von den Republikanern gewonnen zu werden, werden nicht mehr beworben. So wurde in der letzten Woche reservierte Fernsehwerbezeit in den von Demokraten kontrollierten Wahlbezirken West Virginias, South Carolinas und Ohios vorerst vom National Republican Congressional Committee zurückgegeben.[22] Die *Washington Post* berichtete, daß die Republikaner Abgeordnetenhausitze in Arizona, Colorado und Texas, die nicht von einem amtierenden Republikaner verteidigt werden, den Demokraten quasi überlassen haben.[23]

Stattdessen konzentrierte das Republican National Committee erhebliche Ressourcen auf die Unterstützung der Republikanischen Senatoren bzw. Kandidaten in Ohio, Missouri und Tennessee. Dieser Schritt war notwendig geworden, da das Democratic Senatorial Campaign Committee im letzten Monat mehr als doppelt so viele Spenden gesammelt hat, wie das National Republican Senatorial Committee.[24] Die Entscheidung wurde jedoch auch als RNC Abwertung der Siegeschancen in Pennsyl-

vania, Montana und Rhode Island gewertet.[25]

Die Demokraten hingegen sehen sich nun auch veranlasst, mehr für die Unterstützung ihrer Kandidaten in ehemals zweitrangigen Distrikten bzw. unwahrscheinlichen Rennen zu tun.[26] Das Democratic National Committee unter Howard Dean beschloss letzte Woche dem Democratic Senatorial Campaign Committee knapp \$5 Millionen für den Wahlkampf zur Verfügung zu stellen. Vor einigen Wochen bereits wurde dem Democratic Congressional Campaign Committee Vorsitzenden Rahm Emanuel versichert, daß das DNC im Herbst \$12 Millionen ausgeben würde, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen, wovon \$2,4 Millionen auf die stärksten umkämpften Rennen im Abgeordnetenhaus entfielen.[27]

Um die Republikanischen Kandidaten zu unterstützen und die sich aufbauende Sturmflut erfolgreich zu überstehen, plant Präsident Bush in den verbleibenden Wochen die Errungenschaften seiner Politik weiter hervorzuheben: die Republikaner stünden für den erfolgreichen 'Patriot Act' und Terroristenabhörmaßnahmen, denen die Demokraten zum Teil widersprochen hatten; die Republikaner stünden für eine starke Wirtschaft und Steuerkürzungen, die die Demokraten wieder rückgängig machen würden, und

die Republikaner würden die Bildungsstandards aktiv anheben.[28] Insbesondere das Thema Wirtschaft und Steuersenkungen wird wiederholt Anwendung finden: einerseits weil Demokratische Funktionäre in einigen Kommentaren Steuererhöhungen zumindest für die höchsten Einkommensschichten angekündigt haben. Andererseits aber auch weil das Haushaltsdefizit verringert wurde, was den Republikanischen Steuersenkungen zu verdanken ist, so Präsident Bush.[29]

Republikanische Kandidaten sollten sich exklusiv mit Problemstellungen in ihren Wahlbezirken befassen, während es die Parteiführung auf sich nehmen würde, den Foley Skandal zu managen, indem die Demokraten beschuldigt werden den Skandal "politisiert" zu haben, so die *Washington Post*. [30] Laut einer Umfrage der *Post* und des Senders ABC funktioniert diese Taktik auch zu einem gewissen Grad: zwei Drittel der Befragten glaubten zwar, daß die Republikanische Führung versuchte den Skandal zu vertuschen, jedoch war eine fast gleich grosse Anzahl davon überzeugt, daß die Demokraten in der Situation das Gleiche getan hätten. Mehr als 60 Prozent der Befragten fand auch, daß die Demokraten die Republikanische Führungsriege nur des politischen Vorteils wegen kritisierten.[31]

Dem. Wahlkampfmessage – You can't trust them!

Der Vorsitzende des Democratic National Committees, Howard Dean, fasste seine politische Botschaft in einem Interview mit dem *U.S. News & World Report* so zusammen: Man könne den Republikanern nicht beim Geld trauen, weil sie das Staatsbudget nicht ausgleichen könnten. Man könne ihnen nicht beim Management von Naturkatastrophen trauen, genausowenig wie bei der Verteidigung Amerikas, wo sie eine

Politik betrieben hätten, die zu einem Bürgerkrieg im Irak geführt hat und zur nuklearen Bewaffnung Irans führen wird, die zudem Nordkoreas Atomarsenal vergrößert hat und es bisher nicht geschafft hat, Osama bin Laden dingfest zu machen. Zu guter Letzt könne man den Republikanern nun auch seine Kinder nicht mehr anvertrauen, allerdings nicht wegen Foleys schrecklicher Aktivitäten selbst, sondern

weil die Republikanische Führung versucht habe, die Affäre zu vertuschen.[32] Damit liegt Dean scheinbar genau am Puls der Wähler, welche in Umfragen mehrheitlich ihr Misstrauen gegenüber Hasterts angeblicher Unkenntnis von den

Dem. Wahlkampfmessage – You can't trust them!

Emails Foleys aussprechen. Neben der wahrscheinlichen Entfremdung insbesondere konservativer Wähler von der Republikanischen Partei, zeigt sich der Vertrauensverlust jedoch am deutlichsten an Präsident Bush: laut einer Umfrage des Senders CBS und der *New York Times*,

glaubt eine Mehrheit der Bevölkerung (59% der Befragten) zum ersten Mal, daß der Präsident vor dem 11. September 2001 vor Terroranschlägen in den USA gewarnt wurde.[33] Im Falle eines Wahlsieges in November, empfahl Dean den Demokratischen Abgeordneten im Hinblick auf den

Präsidentenwahlkampf 2008 eine sehr knapp gehaltene eindeutige Agenda, welche für die Bevölkerung überschaubar ist und Themen wie Mindestlohn, Ethikreform bzw. Korruptionsbekämpfung sowie Krankenversicherungsreform beinhaltet. [34]

Sex & drugs & negative advertising?

Laut der *Washington Post* wollen die Demokraten nach dem Foley Skandal nun vermehrt die persönlichen Schicksale bzw. die Privatsphäre ihrer Gegenkandidaten im Wahlkampf thematisieren, um aus der Abscheu der Wähler vor den "moralischen Schwächen" ihrer gewählten Repräsentanten Nutzen zu ziehen. Der ehemalige RNC Vorsitzende Ed Gillespie warnte die Demokraten aber davor, es nicht zu über-

treiben und einen heftigen öffentlichen Gegenschlag zu provozieren, wie ihn die Republikaner nach dem Amtsenthebungsversuch gegen Präsident Clinton erlebt hatten. Demokratische Funktionäre sind sich dieser Gefahr offenbar bewusst, glauben aber, daß man auf lokaler Ebene ohne Gefahr die Privatsphäre in den Wahlkampf einbeziehen kann.[35] Die *Post* berichtete auch, daß die Demokraten nach

langen Jahren der Republikanischen Überlegenheit bei der Wahlbeteiligung nun deren System der umfangreichen Datenerfassung und rechnergestützten Modellerstellung kopieren, um bisher nicht erfasste Demokratische Wähler identifizieren, lokalisieren, kontaktieren und zum Wahlgang animieren zu können.[36]

Rep. Mehrheit dank "crazy" evangelists?

Der Foley Skandal hat den christlichen Konservativen bereits eine neue Seite der Republikanischer Führungsriege gezeigt, die im Wahlkampf eine eher streng konservative Politik verfolgen, aber im Kongress selber dann scheinbar wesentlich toleranter mit ihren Kollegen umgehen.

[37] Als ob die Republikaner nicht schon genug Sorgen mit der Wahlbeteiligung der christlichen Konservativen hätten, offenbart nun der ehemalige zweithöchste Berater Präsident Bushs zum "faith-based initiatives" Programm, David Kuo, daß Bushs politische Spitzenberater sich privat über die

evangelischen Funktionäre lustig machten und sie als "verrückt" und "albern" bezeichneten. In seinem Buch berichtet Kuo auch, wie er angehalten wurde vor den Wahlen 2002 religiöse Wähler zu mobilisieren, die im allgemeinen Republikanische Kandidaten favorisieren.[38]

\$700 000 für Reid & Der lange Schatten Abramoffs

Laut einer Studie des Finance Committee des Senats haben fünf konservative gemeinnützige Organisationen – darunter die einflussreiche Gruppe Grover G. Norquists Americans for Tax Reform - scheinbar Steuerbetrug verübt.

Im Austausch für finanzielle Zuwendungen vom ehemals mächtigen Lobbyisten Jack

Abramoff, lancierten diese Organisationen

politische Stellungnahmen in Form von "unabhängigen" Zeitungskommentaren, die den Klienten Abramoffs nützlich waren. [39]

Der Minority Leader der Demokraten im Senat - Harry Reid – ist letzte Woche ebenfalls von Ethikfragen "heimgesucht" worden. Sein \$700000 Profit aus einem Grundstücksverkauf, den er als Teilhaber einer Firma in Las Vegas realisierte, rückte zunehmend ins Blickfeld der Medien, wobei es darum ging, daß es der ranghöch-

ste Demokrat im Senat unterlassen hatte, diesen Verkauf ordnungsgemäß den zuständigen Organen zu melden.[40]

Offenbar wollte er nicht, dass die Verbindung zu seinem Firmenpartner publikwürde. Dieser wurde bisher zwar niemals eines Vergehens angeklagt, jedoch tauchte sein Name seit den 80er Jahren in verschiedenen Untersuchungen im Umfeld des organisierten Verbrechens, des Glückspiels und der politisch motivierten Bestechung auf, so die *Washington Post*.

2008: Warner aus dem Rennen, Bayh nun der “red stater” Kandidat?

Der von vielen als möglicher Demokratischer “anti-Hillary” Präsidentschaftskandidat gehandelte John Warner gab am Donnerstag überraschend bekannt, daß er 2008 nicht für die Nominierung zum Demokratischen Kandidaten zur Verfügung stehen werde. Der ehemalige Gouverneur des traditionell mehrheitlich eher den Republikanern zugeneigten Bundesstaates Virginia (und damit ein “red stater”) wurde von vielen als realistischer Hoffnungskandidat gesehen. Mit ihm hätte eine reelle Chance bestanden, in den Republikanischen Hochburgen des Südens und Mittelwestens zumindest teilweise Mehrheiten für den Demokratischen Präsidentschaftskandidaten zu gewinnen – was Hillary Clinton und anderen Demokratischen Kandidaten nicht zugetraut wird, so Professor Larry Sabato.[41]

Zwar schloss Warner nicht aus, in der Zukunft für das Amt des Präsidenten oder ein anderes zu kandidieren, jedoch gestand er ein, daß die Sterne ihm wahrscheinlich nie wieder so günstig stehen würden wie

jetzt.[42] Allerdings würde er weiterhin ein Spitzenkandidat für das Vizepräsidentenamt sein, unabhängig davon, wer von den Demokraten letztendlich nominiert werden würde und unabhängig davon, ob er selbst momentan das Amt anstreben würde, so die *New York Times*.[43]

Einer der grossen Gewinner von Warners Entscheidung war Senator Evan Bayh, der bereits vor Warners Entschluss immer wieder gerne als erfolgversprechender demokratischer Präsidentschaftskandidat gehandelt wurde. Er gewann die Wahl zum Senator von Indiana 2004 mit 24 Prozentpunkten Vorsprung vor seinem Republikanischen Herausforderer und dies in einem Bundesstaat, in dem Präsident Bush mit “nur” 21 Prozent seinem Gegenkandidaten John Kerry überlegen war. Vor zwei Wochen noch sagte Gary Patton, Vorsitzender der Demokratischen Partei in Hampton, daß Bayhs grösste Herausforderung sei, daß es nur Platz für einen “red stater” gebe und John Warner der aussichtsreichere Kandidat von beiden sei.[44]

Der einzig verbleibende Kandidat mit ähnlichen Qualitäten, allerdings nicht so bekannt wie Warner oder Bayh, ist jetzt der Gouverneur von Iowa – Tom Vilsack.[45]

Der andere grosse Gewinner dürfte jedoch der ehemalige Senator von North Carolina und Ex-Vizepräsidentenkandidat John Edwards sein. Der Demokratische Parteifunktionär Chris Lehane glaubt, daß eine erfolgreiche Herausforderung Hillary Clintons nur vom linken Spektrum der Partei kommen könne – eine Position die der gemäßigte, arbeitgeberfreundliche Warner nicht hätte einnehmen können und die zudem von Edwards schon erfolgreich gehalten wurde.[46] In den Demokratischen Vorwahlen 2004 lag Edwards in Iowa schon auf dem zweiten Platz und scheint mittlerweile seine Position dort weiter ausgebaut zu haben. Auch dürfte ihm sein “Wirtschafts-Populismus” bei den Gewerkschaftswählern in Nevada helfen, wo die Vorwahlen 2008 vorgezogen wurden und nun gleich nach der Abstimmung in Iowa stattfinden.[47]

Fußnoten

- [1] Yang, ABC World News, October 8, 2006 and Reid, NBC Nightly News, October 8, 2006.
- [2] Gilgoff, *U.S. News and World Report*, October 16, 2006.
- [3] Tumulty, *Time*, October 16, 2006.
- [4] Thomas, *Newsweek*, October 16, 2006.
- [5] Kirkpatrick, *New York Times*, October 9, 2006.
- [6] Savidge, NBC Nightly News, October 9, 2006.
- [7] Reid, NBC Nightly News, October 8, 2006 and Grant, *Financial Times*, October 9, 2006.
- [8] Schulte, *U.S. News and World Report*, October 16, 2006.
- [9] Reid, NBC Nightly News, October 8, 2006 and Yang, ABC World News, October 8, 2006.
- [10] Yen, Associated Press, October 9, 2006.
- [11] Pickler, Associated Press, October 13, 2006.
- [12] Fletcher, *Washington Post*, October 13, 2006.
- [13] Broder, *New York Times*, October 10, 2006, Stolberg, *New York Times*, October 11, 2006 and Morris, *The Hill*, October 11, 2006.
- [14] Luce, *Financial Times*, October 10, 2006 and McKinnon, *Wall Street Journal*, October 10, 2006.
- [15] Blitzer, CNN’s Situation Room, October 10, 2006.
- [16] Kessler, *Washington Post*, October 13, 2006 and Dreazen and Solomon, *Wall Street Journal*, October 13, 2006.
- [17] Cameron, Fox News’ Special Report, October 12, 2006.
- [18] Mabry, *Newsweek*, October 8, 2006 and Yeager and Luce, *Financial Times*, October 13, 2006.
- [19] Thomma, McClatchy Newspaper, October 13, 2006.

- [20] Benenson, CQ Politics.com Website, October 9, 2006.
- [21] Leno, NBC’s Tonight Show, October 9, 2006.
- [22] Balz and VandeHei, *Washington Post*, October 13, 2006.
- [23] VandeHei and Cillizza, *Washington Post*, October 10, 2006 - Mark Foleys Abgeordnetensitz in Florida wurde ebenfalls genannt, jedoch verpflichteten Republikanische Strategen später fast \$1 Million auszugeben, um den Sitz zu halten (Associated Press, October 12, 2006).
- [24] Associated Press, October 12, 2006.
- [25] Espo, Associated Press, October 10, 2006.
- [26] Balz and VandeHei, *Washington Post*, October 13, 2006.
- [27] Cillizza and Goldfarb, *Washington Post*, October 8, 2006.
- [28] Holt, NBC Nightly News, October 8, 2006.
- [29] Dinan, *Washington Times*, October 12, 2006 and Rutenberg, *New York Times*, October 12, 2006.
- [30] VandeHei and Cillizza, *Washington Post*, October 10, 2006.
- [31] Broder and Balz, *Washington Post*, October 10, 2006.
- [32] Sullivan, *U.S. News & World Report*, October 16, 2006.
- [33] Schieffer, CBS Evening news, October 9, 2006.
- [34] Sullivan, *U.S. News & World Report*, October 16, 2006.
- [35] VandeHei, *Washington Post*, October 13, 2006.
- [36] Balz, *Washington Post*, October 8, 2006.
- [37] Kiely, USA Today, October 12, 2006.
- [38] Wallsten, *Los Angeles Times*, October 13, 2006.
- [39] Grimaldi and Schmidt, *Washington Post*, October 13, 2006 and Shenon, *New York Times*, October 13, 2006.

- [40] Williams, NBC Nightly News, October 12, 2006 and Solomon and Hennessey, Associated Press, October 12, 2006.
- [41] Williams, ABC World News, October 12, 2006, Hume, Fox News Special Report, October 12, 2006 and Davis, *Fredericksburg Free Lance Star*, October 13, 2006.
- [42] Shappiro, *Richmond Times Dispatch*, October 13, 2006 and Lewis, Associated Press, October 13, 2006.
- [43] Zeleny and Stout, *New York Times*, October 13, 2006.
- [44] Kornacki, PoliticsNH.com, September 26, 2006.
- [45] Sidoti, Associated Press, October 13, 2006.
- [46] Thrush, *Newsday*, October 13, 2006 and Cillizza, *Washington Post*, October 13, 2006.
- [47] Schneider, CNN’s Situation Room, October 12, 2006.

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG WASHINGTON, D.C.

2005 Massachusetts Avenue NW
Washington, D.C. 20036
Phone: 1-202-464-5840
Fax: 1-202-464-5848
<http://blog.kasusa.org>